

Fluchtursachen beseitigen!

Die internationale Völkergemeinschaft steht vor einer Jahrhundertaufgabe

Karl-Heinz Meier-Braun

Die Hoffnung, dass durch internationale Verträge wie das Globale Abkommen zur Migration die „Todesursache Flucht“ wenn schon nicht beseitigt, zumindest aber verringert werden könnte, hat sich in den vergangenen Jahren zerschlagen. Wie das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, feststellen musste, hat vielmehr die „tödliche Mischung“ aus Konflikten, COVID-19, Armut, Ernährungsunsicherheit und die Klimakatastrophe die humanitäre Notlage der Vertriebenen, von denen die meisten in Entwicklungsländern Schutz gefunden haben, noch verschlimmert. Weltweit stieg die Zahl der Geflüchteten auf die traurige Rekordzahl von 100 Millionen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, sieht diese Zahl als „Weckruf“ für mehr Engagement für Frieden und zur Bekämpfung aller Ursachen von Vertreibung. Den Appell „Beseitigung der Fluchtursachen“ hört man seit vielen Jahren, er verhallt aber fast ungehört. Dabei mangelt es nun wirklich nicht an guten Vorschlägen. Nach zweijähriger Arbeit hat jetzt beispielsweise die unabhängige „Fachkommission Fluchtursachen“ der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags ihren Bericht mit Empfehlungen für das Engagement zur Minderung der Ursachen für Flucht und Zwangsmigration vorgelegt. Die 24 Mitglieder der Kommission kamen aus Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft, internationalen Organisationen und aus der Wissenschaft. Kriege wie der Überfall Russlands auf die Ukraine sind immer noch ein wichtiger Auslöser, warum sich Menschen auf die Flucht machen. Aber nicht nur Gewalt oder Perspektivlosigkeit sind Fluchtursachen, sondern auch Bedingungen, die indirekt oder langfristig wirken wie Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und Klimawandel, schreibt die Kommission.

Gerade weil viele Ursachen zusammenwirken, weist die Kommission zurecht darauf hin, dass es keine einfachen und kurzfristigen Lösungen zur Beseitigung der Fluchtursachen gibt. Sie macht deutlich, dass ein so komplexes Problem nicht mit einfachen Methoden und auch nicht kurzfristig gelöst werden kann und hält politische Ansätze, die nur eine Einzelursache in den Blick nehmen, für unzureichend. Stattdessen wird ein umfangreiches Maßnahmenpaket empfohlen, das die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration umfassend angeht. Dabei ist klar, dass die Umsetzung der Vorschläge einen langen Atem und beträchtliche Anstrengungen und Ressourcen erfordert.

Sechs große Handlungsfelder werden benannt: Erstens Krisen eindämmen und Konflikte bewältigen, zweitens die Lebensperspektiven für die Menschen in ihrer Heimat verbessern, drittens den Klimawandel verlangsamen und die Anpassung daran fördern, viertens Geflüchtete besser schützen und dafür die Erstaufnahmeländer unterstützen, fünftens mehr legale Wanderungswege anbieten, und zwar sowohl für Flüchtlinge als auch für Migrantinnen und Migranten. Und schließlich müssen auch neue Möglichkeiten entwickelt werden, um diese Aufgaben besser und nachhaltiger zu finanzieren.

Also wieder viele gute Vorschläge, aber warum werden sie nicht umgesetzt? Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Mitglied in der Kommission, beantwortet diese Frage so: „Vermutlich weil die Ursachen so vielfältig und komplex sind und die Bewältigung eine Herkulesaufgabe darstellt. Politisch ist es immer ein Problem, wenn heute investiert werden soll, aber die Wirkungen erst später sichtbar werden. Das ist in unserem Politikbetrieb nicht besonders attraktiv. Zum anderen fallen die Antworten so schwer, weil es so viele Stellschrauben gibt, die gleichzeitig bedient werden müssen.“

Gut wäre es, sagt Angenendt, wenn die Politik die Möglichkeiten der strategischen Vorausschau noch stärker nutzen würde, die in verschiedenen Ressorts bereits vorhanden sind, und wenn sie dabei die Strategiebildung bündeln würde, etwa in einem Rat für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, wie ihn die Fachkommission vorschlägt. Das würde der Politik erlauben, nicht nur reaktiv zu handeln – wie in der Flüchtlingskrise 2015/16 –, sondern Entwicklungen beeinflussen zu können. Der Experte sieht bei der Fluchtursachenreduzierung Ähnlichkeiten zur Entwicklungsförderung: Auch das sei eine Mammutaufgabe, mit vielen Rückschlägen in den vergangenen Jahrzehnten, aber auch mit Erfolgen.

Deutschland kann Angenendt zufolge einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbeseitigung leisten, nicht nur in der Migrations- und Außenpolitik, sondern auch, indem etwa das Engagement der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen stärker genutzt wird. In der externen Asyl- und Migrationspolitik sollten, so der Migrationsexperte, gerade die besonders belasteten Erstaufnahmeländer von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten stärker unterstützt werden. Ebenso sollte den Ländern mit einer großen Zahl von Binnenvertriebenen humanitär geholfen werden. Darüber hinaus sollten in einem partnerschaftlichen Ansatz auch legale Zuwanderungswege gestaltet werden. Ein solcher Gesamtansatz sei allerdings nur dann legitim und wirksam, wenn er von einem an den Menschenrechten orientierten Umgang mit Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten geprägt ist. Dazu gehört nach Auffassung von Steffen Angenendt auch die Einhaltung des Rechts an den EU-Außengrenzen, gegen das derzeit durch illegale Pushbacks und die Unterbringungsbedingungen in den Flüchtlingslagern verstoßen werde.

Um wenigstens die größten Probleme bei den Ursachen für das Weltflüchtlingsdrama zu lösen, müsste zum Beispiel das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) auf jeden Fall mit mehr Geld und Personal ausgestattet werden. Das UNHCR leidet seit Jahren unter chronischen personellen und finanziellen Problemen, weil es nur zwei Prozent seiner Gelder aus dem UN-Budget erhält. Bei dem Rest – mehr als eine Milliarde Dollar im Jahr – ist es auf die freiwilligen Leistungen der Geberländer angewiesen. In der Pandemie oder in der durch den Ukrainekrieg ausgelösten Energiekrise hat nicht nur Deutschland bewiesen, welche enormen finanziellen Mittel eingesetzt werden können. Ähnliches müsste zur Beseitigung der Fluchtursachen möglich sein.

Nach wie vor fehlt eine zentrale Institution mit UN-Mandat für Migration, die dringend notwendig wäre. Gerade in Zeiten, da der Populismus in vielen Ländern der Welt um

sich greift, da Fremdenfeindlichkeit und Rassismus die Menschenrechte von Flüchtlingen bedrohen, wäre dies ein Zeichen für eine weltoffene Gesellschaft, für die Menschenrechte von Männern, Frauen und Kinder, die weltweit auf der Flucht sind oder ihre Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen müssen, weil sie dort keine Zukunftsperspektiven haben. Es bleibt zu hoffen, dass diese Vorschläge nicht nur Gehör finden, sondern dass mittel- und langfristig auch Taten auf nationaler und internationaler Ebene folgen und sich Europa nicht immer mehr, sogar mit Wachtürmen abschotten wird.

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ist Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), die sich für die Menschenrechte einsetzt. Der Migrationsexperte und Honorarprofessor an der Universität Tübingen war lange Jahre Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks (SWR) und hat zahlreiche Bücher zur Migrationspolitik geschrieben. Seine jüngste Publikation *Schwarzbuch Migration. Die dunkle Seite unserer Flüchtlingspolitik* ist im C.H. Beck Verlag erschienen. 2021 wurde er für sein Engagement in der Integrationsarbeit mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.